

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 19

Gründungsmitglied.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM. Nur Postbest.
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 1. Mai 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 6-12 IV.
Fernruf: Berlin 62, Ruppbergstr. 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Am 1. Mai schaut die zerrüttete Welt auf eine Armee von Arbeitslosen, die auf 25 Millionen geschätzt wird. **Fast jeder vierte von ihnen ist ein Reichsdeutscher.** In der Fülle von Sorgen steht das Problem der Arbeitsbeschaffung und des Unterhalts der Erwerbslosen im Vordergrund.

Nicht nur materielle Not lastet drückend auf den Schultern der Arbeitslosen und ihrer Familien. Die Jugend verliert durch erzwungene Arbeitsentwöhnung die berufliche Qualität, auf der zum großen Teil die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und kulturelle Höhe unseres Landes beruht, und die Arbeitslosen insgesamt und die vielen, die ein gleiches Los befürchten müssen, verlieren jegliche Zuversicht, wenn nicht das Uebel aufgehalten und nach Kräften beseitigt wird.

Interessentenkreise, die in dieser Not eine Gelegenheit sehen, zurückzusteuern in die für sie so bequemen Zeiten ungehemmter kapitalistischer Willkür, benutzen die verzweifelte Stimmung, um mit der Losung der nationalen Selbstbehauptung gegen das „System“, wie sie es nennen, Kräfte für sich mobil zu machen, die ihrem Schicksal nach in die Reihen der Arbeiterbewegung gehören.

Zustände und Staatsformen, die ein Volk von Analphabeten eben noch ertragen würde, preisen sie als Heilmittel und Weg zur Befreiung.

Zur Erreichung dieses Zieles scheuen sie sich nicht, Millionen von Arbeitern als Deutsche minderen Grades zu verleumden und so das Volksbewußtsein zu vergiften.

Damit wird es klar genug, daß die Existenz des Staates selbst aufs stärkste beeinflußt wird von der Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung und Fürsorge für die Erwerbslosen.

Das private Kapital hat in dieser harten Prüfungszeit versagt.

Von den öffentlichen Gewalten aber müssen wir verlangen, daß sie vor allem durch **gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit** auf höchstens vierzig Stunden pro Woche und durch **öffentliche Arbeiten** so viele Köpfe und Hände wie möglich in Lohn und Brot bringen. Jede erlangbare Arbeitsmöglichkeit muß denen verschafft werden, die verzweifelt die Stempelstellen bevölkern.

In der Erfüllung dieser Aufgabe muß wahre Volksverbundenheit sich zeigen. **Die deutschen Gewerkschaften werden nicht aufhören, für dieses Ziel zu kämpfen. Die deutsche Arbeiterbewegung, die auf eine an Leistung und Opfern reiche Geschichte zurückschaut, muß und wird in dieser schweren Zeit der Erschütterung aller Verhältnisse den Pfad bahnen zu einer besseren Zukunft, zu einer geänderten Wirtschaft, die jedem Arbeit und Brot gibt.**

Mehr denn je haben die deutschen Arbeiter und Angestellten in den politischen Kämpfen dieser Tage ihre sprichwörtliche Treue zu ihren Organisationen bewiesen. Sie werden diese erneut zum Ausdruck bringen durch **machtvolle Kundgebungen am 1. Mai.**

Tretet an in Massen!

Demonstriert für

**Arbeitsbeschaffung und Vierzigstundenwoche,
für Frieden und Völkerverständigung!**

Es lebe der Feiertag des arbeitenden Volkes!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Der Maiaufruf der Spitzen unserer freien Gewerkschaften stellt mit allem Recht die brennendste Frage der Gegenwart in den Vordergrund: **Der Weltfeiertag der Arbeit steht im Zeichen schier unfassbarer Not für ungezählte Millionen, deren Hoffnungen auf Beschäftigung und damit auf Lohn und Brot noch immer zerschanden wurden.** Alles öffentliche politische und wirtschaftliche Leben wird heute beeinflusst von dem wahnwitzigen Zustand, daß riesige Mengen von Naturgütern verderben oder vernichtet werden, während zur gleichen Zeit ein Riesenheer unbeschäftigter Arbeitskräfte hungern muß. Die Auswirkungen dieses wirtschaftlichen Zerfalls zeigen sich öffentlich in den politischen Geschehnissen der letzten Zeit. Die faschistischen Vorstöße in den einzelnen Gliedstaaten des Deutschen Reiches aus Anlaß der Landtagswahlen stützen sich in der Hauptsache auf die Verzweiflungsstimmung, die große Teile unserer Volksgenossen erfaßt hat. Ohne Besinnen und ohne Prüfung der Durchführbarkeit gemachter Versprechungen klammert sich der Notleidende an den Strohalm, der ihn aus der Flut des über ihn hereinbrechenden Elends heraustragen soll. Darum hat die faschistische Welle am letzten Wahlsonntag ihren Höhepunkt erreicht. **Den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben heißt deshalb zugleich, dem Faschismus ein Millionenheer von Zuläufern abzujauchen.** Politische Abenteuer ziehen aus der wirtschaftlichen Not zurzeit ihren Gewinn, der ihnen sofort zerlaufen wird, sobald ernsthafte Anstrengungen gemacht werden, in der Frage der Arbeitsbeschaffung zu praktisch wirkenden Maßnahmen zu kommen. Unsere Gewerkschaften fordern schon seit Jahren diese praktischen Maßnahmen, allerdings weniger beeinflusst von politischen Erwägungen als von ehrlichem Mitgefühl für alle Notleidenden. Sie machen darum keine Versprechungen, denen die Unerfüllbarkeit an der Stirn geschrieben steht, sondern sie wollen durch praktisch wirkende Beschaffung von Arbeitsgelegenheit allen Menschen ein Leben ohne Not und Sorgen sichern. Hohle Phrasen und eine Umnebelung der Sinne mit phantastischen Schlagworten sind ihnen deshalb fremde Begriffe, ihr Gesicht trägt den Stempel sachlicher Nüchternheit, damit zugleich jedoch auch den ernsthaften Willens. Diese Ehrlichkeit im Wollen und Handeln hat unsere Gewerkschaften groß gemacht, hat sie schwere Krisenzeiten überstehen lassen und hat ihnen die Kraft gegeben, alle Anstürme ihrer oftmals und heute besonders übermächtigen Feinde abzuwehren. Die freie Arbeiterbewegung steht im Kampf mit allen gegnerischen Mächten fest und unerschütterlich dank ihrer besonnenen Haltung in den wechselvollen Situationen unserer Zeit. Gewerkschaftsarbeit ist zum großen Teil Erziehungsarbeit zum wirtschaftlichen Denken und darum ein Mittel zur politischen Erkenntnis.

Der Maiaufbruch unserer Spitzenorganisationen fordert u. a. auch die Bierzigstundenswoche. Auch das von der Tagespresse veröffentlichte „Manifest an die Arbeiter aller Länder“ des Internationalen Gewerkschaftsbundes stellt die gleiche Forderung auf, die damit Weltgeltung erhalten hat. Das Gewicht der Forderung auf allgemeine Einführung der Bierzigstundenswoche muß sich vervielfachen, wenn eine Internationale Gewerkschaftskonferenz, an der die Vertreter aus 29 Ländern aller Welt teilnehmen, sie aufstellt und für ihre Durchführung die gesamte Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingesetzt wird. Dabei darf in aller Bescheidenheit daran erinnert werden, daß unsere Buchbinderinternationale schon auf ihrer Konferenz im Jahre 1929 diese Forderung aufstellte und durch unsere Verbandsleitung der gleiche Antrag an den Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm weitergeleitet wurde.

Die furchtbaren Folgen der Krise und der Arbeitslosigkeit zwingen immer dringender und gebieterischer zur Durchführung der nunmehr vom organisierten Weltproletariat aufgestellten Forderung. In den Händen der Kapitalistenklasse ist die übersteigerte Technik zum Fluch für die Menschheit geworden. Die gesteigerte Produktionskraft steht zur Aufnahmefähigkeit der Verbraucher im kräftigsten Widerspruch. Wäre dieser Widerstand nicht, dann könnte sich die Menschheit eines allgemeinen Wohlstandes erfreuen wie nie zuvor. Hier liegt die Wurzel des Übels, die nur von der Durchführung sozialistischer Ideen angegriffen und beseitigt werden kann. Die Glücksritter der Wirtschaft lehnen sich an Not und Verzweiflung der Massen nicht, ihnen gilt als oberstes Gesetz die eigene Bereicherung, die sie mit Hilfe politischer Irrlehren zu erreichen suchen. Politische und wirtschaftliche Abenteurer arbeiten Hand in Hand, um den einzigen Schutzwall der Arbeiterschaft, die freiheitliche Arbeiterbewegung, in allen ihren Teilen zu zertrümmern. Heute stehen wir mitten drin in diesem Kampf, bei dem es um Sein oder Nichtsein geht. Da braucht es überzeugte Kämpfer, die stahlhart in ihrem Willen, ihr letztes einlegen, um den Sieg zu erringen. Darum muß am heutigen Maientag der Arbeit ein gewerkschaftlicher Kampfeswille zum Ausdruck kommen, der einer ganzen Welt von Feinden zu trotzen wagt.

Eine Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit.

In der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ Nr. 29 finden wir eine eingehende Behandlung des Problems der Arbeitsbeschaffung. Im Zusammenhang damit kommt der Artikelschreiber auf die Bedeutung der Gewerkschaften im heutigen Staatsleben zu sprechen:

„Man kann sich den Druck, der auf den Gewerkschaften lastet, überhaupt nicht schwer genug vorstellen. Noch reicht ihre Organisationskraft dazu aus, auch den größten Teil ihrer Arbeitslosenmitglieder festzuhalten. Aber von Woche zu Woche lehnen sich die Instinkte verzweifelter Menschen immer mehr gegen die Mahnungen zur Vernunft, die sie von Führern und Funktionären hören. Immer lauter wird der Ruf: „Ihr müßt um jeden Preis etwas für uns tun“. Es ist nicht nur im Interesse der Gewerkschaften selbst, daß sie in diesem Meer von Not und Elend ihren Bau erhalten können. Ohne die Gewerkschaften würde der Wille zum Chaos heute in den Massen der Industriebewohner die überwältigende Mehrzahl der Köpfe und Herzen beherrschen und keine Vernunft käme dagegen auf. Die Gewerkschaften sind Stützen nicht nur der staatlichen, sondern der menschlichen Ordnung im modernen Industriestaat und sie haben Anspruch darauf, daß man ihnen

hilft, sich zu behaupten... Materiell ist ungeheuer viel geschehen. Die Durchhaltung des Unterstützungswesens in der Zeit der Krise mit allen Abstrichen, die es erlitten hat, ist eine Großtat, für die heute noch der Maßstab fehlt. Aber es ist nicht immer alles geschehen, um zu beweisen und zu unterstreichen, daß die leitenden Staatsorgane die große, schwere, entsetzliche Not, die trotz aller Hilfe besteht, als Sorge und Aufgabe jedes einzelnen Tages empfinden. Leipzig hatte nicht unrecht, wenn er darüber klagte, daß sich bei Regierung und Öffentlichkeit eine Abstumpfung gegen die Arbeitslosigkeit geltend mache.“

Die großen Sorgen der Gewerkschaften an der Gegenwart gehen in der Tat nicht sie allein an. Sie verlangen nicht nach finanzieller Unterstützung, sondern nach Arbeit für ihre Mitglieder. Die Gewerkschaften sind heute die stärkste Stütze des Staates, und sie haben ein Recht darauf, zu erwarten, daß ihre Vorschläge zur Milderung der Arbeitslosennot beachtet werden.

Die Situation im Buchdruck

hat sich infolge der gefällten Schiedsprüche außerordentlich kritisch gestaltet. Für den Mantelvertrag hat der Schiedspruch des Zentralschlichtungsamtes eine Reihe erheblicher Verschlechterungen gebracht. Die wichtigsten sind — neben anderen — die folgenden:

Die Bezahlung der Schichtarbeit wird gekürzt, wodurch eine Lohnsenkung bis zu 1,80 Mark pro Woche entsteht. Die Zuschläge für regelmäßige Sonntagsarbeit werden von 90 auf 75 Proz. herabgesetzt. Die Lehrlingsentschädigungsätze für die letzten drei Lehrjahre werden je nach der Ortsklasse um 1,92 bis 2,40 Mt. pro Woche gekürzt. Diese Lehrlingsentschädigungsätze sind, da sie sich in Prozentsätzen vom Gehilfenlohn bemessen, bereits im Vorjahre gleich den Gehilfenlöhnen um 18 Proz. gekürzt worden! Für die Vollarbeiter soll die Ferienbezahlung im laufenden Jahr „in Anbetracht der Notzeit“ nur noch mit 70 Proz. ausgezahlt werden, während die Kurzarbeiter den Urlaubslohn wie schon bisher nur anteilig nach Maßgabe der geleisteten Kurzarbeit erhalten, jedoch ebenfalls nicht über 70 Proz. des sonst verdienten Lohnes hinaus. Die Zahl der Urlaubstage bleibt bestehen. Trotzdem die Schlichter erklärten, daß sie fühlbare materielle Verschlechterungen durch die Aenderung des Manteltarifs nicht eintreten lassen wollten, haben sie die vorstehenden Veränderungen für notwendig gehalten, um dem Gewerbe „eine etwas größere Beweglichkeit“ zu schaffen. Damit haben sie den Ankündigungen der 4. Notverordnung Rechnung getragen, die bekanntlich eine „Verfeinerung“ der bestehenden Tarife in Aussicht stellte.

Am einschneidendsten ist die Kürzung der Urlaubsbezahlung für die Vollarbeiter um 30 Proz., die anscheinend auf allgemeine Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums bezüglich der Verlängerung von Tarifverträgen zurückzuführen sind, womit einseitig nur wieder den Arbeitern die Erholungsmöglichkeiten außerhalb ihres Arbeitsortes erheblich erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht werden.

* * *

Inzwischen ist der Schiedspruch von den Unternehmern angenommen, von den Gehilfen aber abgelehnt worden. Die Ablehnung erfolgte nicht nur, weil der Schiedspruch nur die Forderungen der Unternehmer berücksichtigt, sondern auch deshalb, weil sich das Zentralschlichtungsamt gegenüber den Forderungen der Gehilfen auf Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit absolut ablehnend verhalten hat.

Die Buchdruckunternehmer haben die Verbindlichkeitsklärung des Spruches beantragt.

* * *

Auch für die graphischen Hilfsarbeiter fällt das Zentralschlichtungsamt einen Spruch, der den Inhalt des obenbezeichneten auf den Hilfsarbeitervertrag überträgt. Die Stellung der Parteien zu dem gefällten Schiedspruch ist in diesem Falle umgekehrt als bei den Gehilfen: Die Unternehmer haben ihn abgelehnt, die graphischen Hilfsarbeiter jedoch angenommen.

* * *

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker teilt mit, daß der in diesem Jahre fällige Verbandstag verschoben wurde. Er soll nunmehr in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden.

Gebt acht auf unsere Jugend!

Unter dieser Ueberschrift erschien in Nr. 17 unserer Zeitung ein Aufsatz, der allgemeine Beachtung verdient. Die Richtlinien, die in ihm gegeben sind, sollte sich jeder Kollege und jede Kollegin zu eigen machen und danach handeln. Doch ist es nur ein kleiner Teil Jugendlicher, der hier erfaßt werden kann, vor allen Dingen meist nur diejenigen, die in größeren evtl. noch in mittleren Betrieben arbeiten. Dagegen ist es in unserem Beruf — genau so wie in anderen — nicht leicht, an die Jugendlichen solcher Werkstätten heranzukommen, in denen der Lehrherr nur mit zwei bis drei Lehrlingen ohne Gehilfen tätig ist. Gewiß sind auch diejenigen, die der freien Lurn- und Sportbewegung, sowie der S.M.A. angehören, gegen Angriffe der Reaktion geschützt. Aber leider ist deren Zahl nicht so groß, wie es allgemein gewünscht wird. Der Grund ist auch hier z.T. in der schlechten wirtschaftlichen Lage zu suchen. Sogar kommt noch, daß die Eltern nicht immer so klassenbewußt sind, daß sie ihren Kindern das beibringen, was diese unbedingt über unsere Arbeiterbewegung wissen müßten. So viele der Eltern wissen ja leider selbst nicht, wo sie hingehen und was sie zu tun und zu lassen haben. Darum geben sich die Gewerkschaften die größte Mühe, ihre Jugendgruppen auszubauen und möglichst alle Jugendlichen zu erfassen. In den Gruppen sollen die Jugendlichen neben der beruflichen Fortbildung auch die Arbeiterbewegung und deren Feinde kennenlernen und auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet unterrichtet werden. Ist die Zeit der Zusammenkünfte auch kurz bemessen, dann werden sie in den Jugendlichen doch ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl. Außerdem bleibt doch etwas von dem haften, was ein junger Prolet in seiner Lage wissen muß. Vor allen Dingen werden sie hier als vollwertige Menschen angesehen und nicht als „Kinder“ oder „dumme Jungen“. So ist die Gewerkschaft bemüht, klassenbewußte Menschen und tüchtige Arbeiter zu erziehen.

Ein Abschnitt im Leben der Jugend wird jedoch leider noch immer nicht voll gewürdigt. Das ist die Zeit, in der der Jugendliche vollständig auf eigenen Füßen stehen lernen soll. Jeder Jugendliche, der im Lehrverhältnis steht, lehnt den Tag herbei, wo dieses beendet ist, und er dann als Gehilfe sein Leben meistern kann. Ist aber dieser Tag gekommen, dann steht er meist allein auf weiter Flur, denn der Lehrherr wird ihn dann gewöhnlich entlassen und an seine Stelle einen neuen Lehrling annehmen. Da erlebt die Jugend ihre erste große Enttäuschung. Wohl erhält sie ein geringes Stempelgeld und, soweit sie sich rechtzeitig gewerkschaftlich organisiert hat, auch vom Verband eine Unterstützung. Aber auch diese Unterstützungszeit geht vorbei und sie steht dann, ohne Arbeit gefunden zu haben, mittellos da. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage, wo ganze Familien arbeitslos sind, wirkt sich dies naturgemäß aus. Es regnet evtl. Normürse, die vielleicht nicht immer so ernst gemeint sind, aber von den Jugendlichen ernst genommen werden.

Hier beginnt die größte Gefahr für unsere Jugend. In dem Bestreben, auf irgendeine Art Arbeit und Geld in die Hände zu bekommen, sind sie den Einflüsterungen extremer Elemente leicht zugänglich. Kann man es den jungen Menschen übernehmen, wenn sie gleichsam aus Rangeweile, die ihnen das kapitalistische System aufbringt, auf allerhand

bumme Gedanken kommen? Ein altes Sprichwort sagt doch schon: „Müßiggang ist aller Fester Anfang.“ Hier ist die Gelegenheit geboten, auch von gewerkschaftlicher Seite den Hebel anzufassen und sich um diese jungen Menschen im Alter von 18 bis 21 Jahren mehr zu kümmern. Gewiß besuchen einige von ihnen noch hin und wieder die Jugendgruppen der Gewerkschaften, aber doch auch nur hin und wieder einmal. In diesem Alter wollen die jungen Menschen etwas anderes hören und erleben, als diejenigen, die noch nicht lange aus der Schule entlassen sind, zumal sie ja das mit diesen zu besprechenden schon kennen. Darum müßten für die jungen Kollegen dieses Alters besondere Gruppen zusammengestellt werden. Es werden sich schon ältere Kollegen zur Verfügung stellen, die mit ihnen im Sommer auch Tagesausflüge unternehmen, die sich über berufliche Fragen aus der Praxis mit ihnen unterhalten und ihnen eine tiefere Einsicht in soziale und wirtschaftliche Fragen und Ergebnisse vermitteln. Gewiß hat die staatliche Arbeitslosenfürsorge etwas dazu beigetragen, daß einzelne Gelegenheiten haben, an einem beruflichen Fortbildungskursus auf die Dauer von vier bis sechs Wochen teilzunehmen, wobei auch befriedigende Ergebnisse speziell in unserem Beruf erzielt worden sind. Doch leider ist die Zahl derer, denen diese Möglichkeit gegeben ist, zu gering und die damit verbrachte Zeit zu kurz, um volle Befriedigung auszuüben. Deshalb müssen wir alles daransetzen, um diesen jungen Kollegen auf irgendeine Art unter die Arme zu greifen, um sie aufzuklären, zu unterstützen und vor unüberlegten Handlungen abzuhalten.

E. Sch., Breslau.

Stimmen

aus unserem Kollegenkreis.

Ein letzter Aufruf!

Kürzlich brachte die Verbandszeitung an erster Stelle einen Artikel „Gesunde Opferwilligkeit“. Er kennzeichnete Sinn und Geist der Mitglieder dem Verbände gegenüber und stellte die Tatsache fest, daß den Berichten zufolge in den Mitgliederversammlungen der Wille vorherrschte, von Beitragsenkungen in der Notzeit abzusehen. Zusammenfassend sprach der Verfasser dann davon, daß somit schon ein gut Stück Arbeit für den Verbandstag geleistet sei.

Das mag richtig sein. Aber die veröffentlichten „Anträge zum 17. Verbandstag“ lassen trotzdem vermuten, daß man sich in Leipzig heiße Köpfe reden wird, wie ja überhaupt dieser Verbandstag, an der wirklichen Stimmung der Mitglieder in den Betrieben gemessen, teilweise einen stürmischen Verlauf nehmen wird, wie selten einer seiner Vorgänger. — Eine offene Aussprache ist uns aber nur nützlich. Sie reinigt die Atmosphäre und läßt wie nach erfolgtem Gewitter an schönen Tagen die Lungen wieder freier atmen. Die gereinigte Atmosphäre aber, das Vertrauen zueinander, fehlt uns heute. Dies wiederherzustellen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandstages. Gelingt es nicht durchzuschlagen, sind die Folgen bei der ansteigenden Vereinerung unserer Lage erneute Opposition, wenn nicht noch Schlimmeres.

Man spricht heute soviel von Opfer bringen und hört ebensowenig davon, daß von allen, ihrem Säckel entsprechend, die gleichen Opfer gebracht werden, die gleich fühlbaren wie bei uns! Denn wer vom Lieberfuß gibt, bringt kein Opfer! Ja, man suggeriert dem Arbeitenden, schön dankbar zu sein, überhaupt noch arbeiten zu dürfen. So weit haben wir es vorangebracht. Wir sind auch wirklich schon lammfromm geworden, denn wir ertragen geduldig, wenn auch mit schüchternem Murren, Lohnabbau auf Lohnabbau, um, wie man so schön sagt, dem Chaos vorzubeugen, um die Wirtschaft anzukurbeln, um exportfähig zu sein. (Daß dies alles durch einseitigen Lohnraub nicht zu erreichen ist, wußten wir vorher.) Und wir zahlen trotzdem willig immer neue Steuern von unserem ohnehin gekürzten Lohn. Wir zahlen, zahlen und bringen gerne Opfer in einer Notzeit.

Und nicht nur dem Staat, auch nicht nur dem Privatkapitalismus oder, wenn es sich besser stellt, der Wirtschaft, nein, auch als Gewerkschafter bringen wir gern Opfer. Aber eins darf man uns nicht nehmen: das Vertrauen. Zu vielen Wirtschaftsführern haben wir es längst verloren; zur privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung gänzlich. Aber eins muß uns erhalten bleiben: das Vertrauen zu den eigenen Führern. Leider ist selbst dieses in feinen Grund-

festen erschüttert. Woher sonst die schlechende, alles anstehende Resignation? Woher sonst die offene oder versteckte Opposition, wenn auch die Not viele aus Verbitterung verneinend allem gegenübersehen läßt? Trotzdem hält viele die Barmut noch aufrecht. Das konnten wir ja jetzt erleben bei den Wahlen. Genau so verunftgemäß folgten wir heute den Gemertschäften. Von Begeisterung oder freudiger Opferwilligkeit ist wenig zu merken. Wenn trotzdem in unseren Mitgliederversammlungen einmütig neue Opfer bewilligt werden, so nur deshalb, weil durchschmittlich nicht mehr als 25 Prog. Versammlungsbesucher sind. Wie es in den Betrieben aber aussieht, kann man sich am eindrucksvollsten einmal von den Vertrauensleuten schildern lassen. Es ist jedenfalls ein großer Irrtum des oben erwähnten Verfassers, wenn er glaubt, aus Versammlungsberichten die allgemeine Stimmung erkennen zu können. Es fördert uns aber nicht, wenn wir die Sachlage nicht klar erkennen, es könnte sonst für uns nur einstimmiges Erwachen geben.

Wir müssen also alle vom ersten Willen beiseit sein, Mißverhältnisse aus dem Wege zu räumen. Dazu ist für unseren Kreis der Verbandstag berufen. Wie schon erwähnt, ist es eine der wichtigsten Aufgaben für ihn, offen kundzutun, daß nicht nur von den Mitgliedern Opfer verlangt werden, sondern daß in einer Zeit brutalsten Lohnabbaues sich unsere Führer ebenfalls mit einem Gehalt begnügen, bei dem sie konspizierbar für die Verbesserung unserer Lage bleiben. Mögen sie auch ihrerseits Opfer gebracht haben, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß wir unseren Verhältnissen entsprechend nicht zurückstehen. Es wäre weit klüger gewesen, nach Bekanngabe neuer Lohnkürzungen die Mitglieder durch unser Organ von Solidaritätsmaßnahmen ihrer Führer in Kenntnis zu setzen. In Leipzig ist die Möglichkeit gegeben, Versäumtes nachzuholen. Was auch die Beitragsfrage bzw. -regulierung für den Fortbestand als sicheres Fundament gelten, nicht minder wichtig ist es aber, ohne pflüchliche Erschütterungen über die Krisis hinwegzukommen. Denn wo Vertrauen ist, versiegen die Quellen nicht.

Erich Schubert, Hamburg.

Der Goutag des Gaues Nordbayern

fand am 17. April in Nürnberg statt. Kollege Weimäder begrüßte namens des Gauvorstandes und der Vorortzahlstelle die Delegierten und Gäste und gedachte anschließend mit ehrenden Worten des verstorbenen Schriftleiters der „Gewerkschafts-Zeitung“, des Genossen Paul Umbreit.

Auf dem Goutag waren vertreten 6 Zahlstellen durch 12 Delegierte, die Einzelmitglieder durch einen Delegierten und der Gauvorstand durch drei Mitglieder. Von Rothenburg, Schwobach, Erkangen und Würzburg war je ein Kollege als Gast anwesend. Von den graphischen Verbänden waren die Kollegen Schatt vom Verband der Lithographen und Stein-drucker, Finke vom Verband der Buchdrucker und Redling vom graphischen Hilfsarbeiterverband erschienen. Zum Vorsitzenden des Goutags wurde Kollege Keller-Nürnberg, zum Schriftführer Kollege Penfel-Erkangen und als Revisoren die Kollegen Reichert-Nürnberg und Schmidt-Erkangen gewählt.

Den Bericht des Gauvorstandes erstattete Kollege Weimäder, der zugleich auch über „Die Agitation im Gau“ sprach. In der gegenwärtig äußerst schlechten Wirtschaftslage sollen Goutag und Verbandstag durch ihre Beratungen und Beschlüsse neue Waffen schmieden für den Ausbau unserer Organisation und Mittel und Wege finden, um eine Besserung der wirtschaftlichen Lage unserer Mitglieder zu erzielen. Gegenwärtig sind 53 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos, ein großer Teil der noch in Arbeit Stehenden leidet unter Kurgarbeit. Eine Ausnahme bildet nur die Zahlstelle Würzburg, in der die wenigsten Arbeitslosen zu verzeichnen sind. Im Vorjahre bedrohten große Gefahren unsere Wirtschaft, die durch Bankentrisen erschüttert wurde. Die Währung war aufs schwerste bedroht und eine Notverordnung jagte die andere. Trotz allem war eine Besehung der Wirtschaft nicht zu spüren. Der Sturz des englischen Pfundes wirkte sich katastrophal in unserer Industrie aus. In Nürnberg wurden hierdurch 800 unserer Mitglieder arbeitslos. Solche Vorgänge haben unsere Mitglieder belehrt, daß sie täglich von Arbeitslosigkeit betroffen werden können. Wie groß die Hilfe unserer

Organisation werden kann, zeigt die Tatsache, daß in Nürnberg-Fürth im Vorjahre 45 350 Mt. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt wurden. Weimäder hob die allgemein gute Zusammenarbeit des Gaues mit den Zahlstellen und den übrigen graphischen Verbänden besonders hervor — Die Werbestätigkeit hatte den Verhältnissen entsprechend nur geringe Erfolge, immerhin konnte die Vorortzahlstelle 82 Zugänge aufweisen. Der Mitgliederstand verzeichnete im Gau 490 Kollegen und 1568 Kolleginnen, zusammen 2058 Mitglieder. Die Agitation muß jetzt mit verstärkter Kraft einsehen, um auch den letzten Berufsangehörigen unserer Reihen zuzuführen. — Erfreulicherweise konnte berichtet werden, daß die kleine Gaukasse einen Bestand von 1700 Mt. aufweist.

Ueber „Unsere Reichstarpolitik“ referierte ebenfalls Kollege Weimäder. Es zeigte sich, daß unser Festhalten an den Reichstarpfen richtig war, denn nur durch diese konnten auch im letzten Ort unsere Tarife aufrechterhalten werden. Immer mehr versucht eine Anzahl von Unternehmern, gegen die bestehenden Tarife vorzustößen. In 67 Fällen mußte sich der Gauvorstand mit derartigen Verstößen befassen, von denen der größere Teil erfolgreich abgewehrt werden konnte. Bei den 14 Betriebsstilllegungen gelang es in verschiedenen Fällen, Widerlungen zu erzielen. Dabei zeigte sich, daß in den Betrieben besser gearbeitet werden konnte, in denen unsere Berufsangehörigen gut organisiert sind. Unser Verband wurde im Vorjahre ebenfalls von der Lohnabbauwelle erfaßt. Verbandsvorstand und Tarifausschuß haben dem Lohnraub, der uns durch die 4. Notverordnung aufgezwungen wurde, ihre Zustimmung nicht gegeben. Nicht Lohnabbau, sondern nur Stärkung der Kaufkraft kann eine Besehung der Wirtschaft bringen. „Trotz Sturm und Not gibt es kein Verzagen“, so schloß Kollege Weimäder seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. — Einstimmig wurde sodann folgende Entschließung angenommen:

„Der Goutag des Gaues Nordbayern bringt neuerdings die einstimmige Auffassung zum Ausdruck, daß die seit Jahren praktisch bewährte Reichstarpolitik auch in Zukunft aufrechterhalten werden muß. Wie die Praxis deutlich bewiesen hat, ist durch sie eine beachtliche Hebung des Lohnniveaus im ganzen Reich und eine gewisse Stabilität der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt worden. Selbst die kleinsten Orte haben dadurch Fortschritte erzielt, die vordem unmöglich waren. Aber auch in der Zeit des außergewöhnlich schweren wirtschaftlichen Niederganges war es nur auf dem vorgezeichneten Wege möglich, die drohenden Lohnsenkungen entsprechend abzumildern. Trotz der 4. Notverordnung hat es sich erwiesen, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Für die Zukunft gilt es, zunächst mit aller Energie dahin zu wirken, daß alles, was wir durch die jetzige Krise verloren haben, wiedergewonnen wird. Darüber hinaus gilt es aber auch, unsere Reichstarpfe so auszubauen, daß sie in allen Teilen den Interessen der Gesamtkollegenchaft gerecht werden.

Der Tarifausschuß muß in obigem Sinne seine Tätigkeit weiter entfalten. Sein bisheriges Wirken wird anerkannt und ihm das Vertrauen ausgesprochen.

Der Goutag ist ferner der einstimmigen Auffassung, daß zur Bewirklichung dieser Aufgaben eine geschlossene und gut fundierte Organisation gehört. Weit mehr denn jemals müssen alle Kollegen und Kolleginnen aktiv mitarbeiten, damit alle Beschäftigten in unsere Reihen gebracht werden!

Kollege Herber referierte über „Die Anträge zum Verbandstag“. Der Düsseldorf-Verbandstag hätte eine bessere Sanierung unserer Verbandsfinanzen vornehmen sollen. Wir hoffen, daß der diesjährige Verbandstag die schweren Aufgaben, die unserer Organisation gestellt sind, zum Wohle unserer Mitglieder lösen wird. Redner ging auf die gestellten Anträge einzeln ein. Deren große Anzahl beweist, daß die Mitglieder reges Interesse an der finanziellen Entwicklung des Verbandes haben. Es ist nicht zu verkennen, daß die Anträge gestellt wurden vom besten Willen, der Organisation zu dienen. Einige Anträge gehen allerdings zu weit, doch ist zu verstehen, daß die jeweiligen örtlichen Verhältnisse bei ihrer Formulierung ausschlaggebend waren. Das ganze Finanzwesen unserer Organisation ist ein feingegliedert Bau, dessen Steine so ineinandergesügt

An die Verbandstagsdelegierten!

Um möglichst allen Wünschen auf Unterbringung in geeignete Quartiere gerecht werden zu können, erlauben wir die Delegierten des Verbandstages, dem Lokalkomitee halbtägig mitteilen zu wollen, von welchem Tage an die Unterkunft gewünscht wird. Die genaue Zeit der Ankunft in Leipzig muß bis spätestens Dienstag, den 17. Mai, angegeben werden.

Anschriften sind zu richten an Karl Heschke, Leipzig C. 1, Zeitzer Straße 32 III.

Sind, daß die Herausnahme eines Steines das ganze Gebäude gefährden kann. Einzelne Antragsteller haben es sich sehr leicht gemacht, indem sie einfach einen prozentualen Abbau der Beiträge und Unterstützungen verlangten, ohne dabei zu berücksichtigen, daß dies technisch unmöglich ist, da noch andere Aufgaben zu erfüllen sind. Der Verbandstag wird vor allem die Schlagkraft des Verbandes zu erhalten haben. Das muß oberster Grundsatz bleiben. Reicher Beifall belohnte die Ausführungen des Redners.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Schmidt, Penfel und Roth-Erlangen und Kollege Mensch-Kegnburg für die Anpassung der Beiträge und Unterstützungen an den gesunkenen Lohnstand. Gegen eine Stimme wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Gau-tag des Gaues Nordbayern erkennt an, daß unser Verband dringend der Sanierung bedarf, um seiner vornehmsten Aufgabe, Herbeiführung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, gerecht werden zu können. Aus diesen Gründen kann an eine Herabsetzung der Beiträge nicht gedacht und sämtliche Unterstützungsleistungen müssen den Finanzverhältnissen angepaßt werden. Wenn dabei eine entsprechende Herabsetzung sowohl der Unterstützungen dauer als auch der Unterstützungsätze in Kauf genommen werden muß, dann ist das wohl schmerzhaft, aber nicht zu umgehen.

Dringend notwendig ist die Einführung eines Pflichtbeitrages. Ebenso muß der Verbandstag prüfen, ob es möglich ist, den arbeitslosen, krankten usw. Mitgliedern zu gestatten, freiwillig den Anteil des Beitrages zur Invalidenunterstützung weiterzugeben.

Die Heranbildung eines gesunden Nachwuchses ist eine Lebensfrage für unseren Verband. Deshalb ist der Jugend- und Wehrbewegung volle Aufmerksamkeit zu widmen. Dringend zu wünschen ist, daß die „Buchbinder-Zeitung“ recht bald wieder regelmäßig achtseitig erscheinen kann, damit die sozialpolitischen und Arbeiterrechtsfragen, die Jugendbelege und der unterhaltende Teil wieder periodisch erscheinen können.“

Der Gau-tag beschloß ferner, von einer Neuwahl der Angestellten abzusehen und sprach dem Gauvorstand Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit aus.

Am Schluß der Tagung betonte der Vorsitzende, Kollege Keller, die Einmütigkeit der Kollegenschaft. Das bewies die Tagung, die von bestem kollegialem Geiste getragen war. Er dankte den Delegierten für die geleistete Arbeit und schloß mit einem Hoch auf den Verband die gut verlaufene Tagung.

Joachim Penfel, Erlangen.

Gau Hanja.

Wir berufen zu Sonnabend, den 4., und Sonntag, den 5. Juni 1932, den ordentlichen

Gautag

nach Hamburg, Gewerkschaftshaus, ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die Tarif- und Lohnpolitik unseres Verbandes.
2. Bericht des Gauvorstandes über die verfloßene Geschäftsperiode.
3. Bericht vom Verbandstag in Leipzig.
4. Erledigung der gestellten Anträge.
5. Verbandsangelegenheiten.

Die Tagung beginnt am Sonnabend, dem 4. Juni, 19½ Uhr. Weitere Mitteilungen gehen den Zahlstellen und Einzelmitgliedern im Gau durch Rundschreiben zu. Der Gauvorstand. S. M.: Braasch.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Ergebnis der Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Von den Vororten der Wahlbezirke sind nachstehend genannte Mitglieder als Delegierte für den Verbandstag in Leipzig als gewählt gemeldet:

1. Bezirk: Becker, Robert; Czerny, Josef; Fründt, Johanna; Gerdel, Berta; Herzog, Paul; Huhn, Emma; Liesegang, Emil; Matthias, Helene; Peter, Rudolf; Plant, Gustav; Priemer, Emil; Renner, Karl; Schitoro, Elisabeth; Schulze, Richard; Töpfer, Richard; Zimmermann, Käthe, sämtlich in Berlin.
2. Bezirk: Kohnert, Oskar. Königsberg.
3. Bezirk: Büsching, Gustav. Frankfurt/Oder.
4. Bezirk: Nippert, Max. Breslau.
5. Bezirk: Hirschfeld, Otto. Rastau.
6. Bezirk: Hunger, Ernst. Görtzig.
7. Bezirk: Konradt, August; Krüger, Berta; Lange, August; Ruhlender, Otto; sämtlich Hamburg-Altona.
8. Bezirk: Schilling, Ignaz. Schwerin.
9. Bezirk: Bonfep, Karl. Magdeburg.
10. Bezirk: Windig, Friedrich. Aachserleben.
11. Bezirk: Hannemann, Otto. Luckenwalde.
12. Bezirk: Haase, Bruno. Halberstadt.
13. Bezirk: Bertram, Alfred; Gille, Hermann; Oswald, Karl; sämtlich Hannover.
14. Bezirk: Hergt, Heinrich; Ströhl, Wilhelm; Dielefeld.
15. Bezirk:
16. Bezirk: Simons, Hubert. Aachen.
17. Bezirk: Quesele, Eduard. Haag. Sperling, Peter. Dortmund.
18. Bezirk: Grünen, Jean. Wuppertal.
19. Bezirk: Kaulich, Karl. Frankfurt a. M.
20. Bezirk: Kircher, Karl. Darmstadt.
21. Bezirk: Ehrhardt, Philipp. Hanau.
22. Bezirk: Gräfe, Ernst. Altenburg/Thür.
23. Bezirk: Hallupp, Fritj. Halle.
24. Bezirk: Sitz, Erich. Eisenberg/Thür.
25. Bezirk: Lander, Rudolf. Weimar.
26. Bezirk: Schuffenhauer, Otto. Chemnitz.
27. Bezirk: Brummt, Theodor. Annaberg.
28. Bezirk: Herzog, Alfred; Larsson, Helene; Quaas, Max; Scheibe, Moritz; Sommer Schuh, Alwin; sämtlich Dresden.
29. Bezirk: Fuhrmann, Ernst. Grimma/Sa.
30. Bezirk: Adler, Franz; Arnold, Ida; Haffner, Georg; Jacob, Anna; Kern, Hans; Meyer, Arthur; Müller, Hermann; Schabacker, Wilhelm; sämtlich Leipzig.
31. Bezirk: Diebig, Willy. Plauen i. B.
32. Bezirk: Hanns, Kurt. Wurg. n.
33. Bezirk: Kirsten, Erich. Meissen.
34. Bezirk: Senner, Friedrich; Reichert, Ernst; Seez, Eugen; sämtlich Stuttgart.
35. Bezirk: Reintnecht, Ludwig. Heilbronn.
36. Bezirk: Vogel, Karl. Karlsruhe.
37. Bezirk: Reuter, Fritj. Freiburg/Br.
38. Bezirk: Weber, Ephraim. Ulm a. d. D.
39. Bezirk: Herber, Emil; Keller, Georg; Nürnberg/Fürth; Walz, Gottlieb; Würzburg.
40. Bezirk: Knöblmeir, Alois; Müller, Adolf; Ostentrieder, Leonhard; sämtlich München.

Wahlproteste sind eingegangen aus den Bezirken 15, 20, 22 und 23.

Der Einspruch gegen die Wahl im Bezirk 15 geht von den Wahlkontrolluren aus und wird damit begründet, daß die Stimmzettel einer Zahlstelle erkennen lassen, daß keine geheime Wahl stattgefunden habe, daß die Stimmzettel offen abgegeben sein müssen, weil sie keinen Bruch aufweisen. Außerdem lassen die Durchstreichungen eines Namens darauf schließen, daß diese nicht von jedem Mitglied selbst vollzogen worden seien. Die Stimmzettel wurden deshalb von den Wahlkontrolluren für ungültig erklärt, wodurch das Resultat der Wahl geändert wurde. Da weitere Erhebungen im Gange sind, steht das endgültige Resultat der Wahl noch nicht fest.

Im 20. Wahlbezirk war nur ein Vorschlag bis zum Sonnabend, dem 2. April, bei dem Bevollmächtigten des Vororts eingegangen. Ein von einer Zahlstelle mit Datum vom 4. April gemachter Vorschlag, am 5. April zur Post gegeben, konnte eine Berücksichtigung nicht mehr finden. Die Zahlstelle erhob

hiergegen Protest. Der Verbandsvorstand hält den Einspruch nicht für berechtigt und hat den Delegierten anerkannt.

Bei dem Bevollmächtigten des 22. Wahlbezirks waren bis zum 2. April zwei Vorschläge eingegangen, die er ordnungsgemäß am 5. April an die beteiligten Zahlstellen weitergeleitet hat. Eine Zahlstelle gab unter dem 4. April noch einen Vorschlag zur Post, der mit einer falschen Adresse versehen war. Der Wahlvorschlag war mithin zu spät gemacht und konnte seitens des Bevollmächtigten keine Berücksichtigung finden. Der Verbandsvorstand trat der Auffassung des Bevollmächtigten des Bezirksvororts bei und erkannte die vollzogene Wahl an.

Bei dem Bevollmächtigten des Wahlbezirks 23 lag bis zum 2. April nur ein Wahlvorschlag vor. Er hatte den gemachten Vorschlag erst am 12. April den beteiligten Zahlstellen zugestellt. Wegen die verspätete Uebermittlung des gemachten Vorschlages erhob eine Zahlstelle Einspruch und begründete diesen damit, daß den beteiligten Zahlstellen nicht Gelegenheit gegeben worden wäre, Stellung zur Aufstellung eines Delegierten zu nehmen. Dieser Einspruch ist hinwiegend, weil eben nur ein Kandidat vorgeschlagen war. Die Verzögerung der Mittelung an die Zahlstellen, daß nur ein Vorschlag vorlag, ist zu tabeln. Da durch die Verzögerung an dem Resultat jedoch nichts geändert wurde, wird der vorgeschlagene Delegierte anerkannt.

2. Die Mandatsformulare und das Material der Delegierten zum Verbandstag werden in diesen Tagen zum Versand gebracht. Sollte die Sendung bis Anfang der kommenden Woche nicht im Besitz der Delegierten sein, so wollen sie sich mit ihrer Zahlstellenverwaltung in Verbindung setzen. Wo die Adressen der Delegierten uns nicht zur Verfügung stehen, ist nämlich die Sendung an den Bevollmächtigten der zuständigen Zahlstelle gesandt worden. Sollte es auch dort nicht vorliegen, so bitten wir um entsprechende Benachrichtigung.

3. Einstellung der Lokalunterstützung in Glogau und Großenhain. In den Zahlstellen Glogau und Großenhain kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hieron Kenntnis zu nehmen.

4. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen allen Kassierern der Gau- und Zahlstellen überhandt worden. Desgleichen die Konjunkturberichtsarten für die Betriebe. Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen ist der 30. April und für die der Kurzarbeiter die Woche vom 25. bis 30. April. Ebenso ist für die Konjunkturberichte der Stand vom 30. April maßgebend.

Wir bitten sehr darum, alle Karten so zeitig abzusenden, daß sie spätestens am 3. Mai in unserem Besitz sein können. Sollten an einem Ort die Karten nicht eingetroffen sein, bitten wir dieses uns umgehend mitteilen zu wollen.

* * *

Abrechnungen

vom 1. Quartal 1932 gingen bis zum 26. April bei der Verbandskasse aus dem Berlin 79,70 Mkt., Stettin — Mkt. = Brandenburg — Mkt., Luckenwalde — Mkt. = Hannover 2200 Mkt., Hildesheim — Mkt. = Radel — Mkt., Ludwigshafen — Mkt., Mainz — Mkt., Wiesbaden — Mkt. = Gau Thüringen — Mkt., Erfurt — Mkt., Mühlhausen 84,95 Mkt., Nordhausen — Mkt., Schlei — Mkt., Sonneberg — Mkt., Weiskensfels — Mkt. = Gau Sachsen 87,95 Mkt., Chemnitz 86,35 Mkt., Rerchau — Mkt., Reichenbach 533,25 Mkt. = Göppingen — Mkt., Konstanz — Mkt. = Gau Südbayern 900 Mkt., München 203,75 Mkt. Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

In alle Gewerkschaftsmitglieder! Eine Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit. Die Situation im Buchdruck. Gebt acht auf unsere Jugend! Stimmen aus unserem Kollegienkreis: Ein letzter Mahnruf! Der Gau-tag des Gaues Nordbayern. In die Verbandstagsdelegierten! Gau Hanja. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.